



Kai Marquardsen [Hrsg.]

Armutsforschung

Handbuch für Wissenschaft und Praxis



Nomos
Handbuch



Deutscher Verein
für öffentliche und
private Fürsorge e.V.

Kai Marquardsen [Hrsg.]

Armutsforschung

Handbuch für Wissenschaft und Praxis



Nomos
Handbuch



Deutscher Verein
für öffentliche und
private Fürsorge e.V.

© Titelbild: macondos – stock.adobe.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5853-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-9986-0 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	11
Einleitung	13
<i>Kai Marquardsen</i>	
I. Was ist Armutsforschung – und wozu brauchen wir sie?	
I.1 Geschichte der Armutsforschung – Ansätze, Ergebnisse, Herausforderungen	29
<i>Ernst-Ulrich Huster</i>	
I.2 Von der Praxis in die Forschung und wieder zurück – Wechselspiel von Armutsforschung und Professionsentwicklung Sozialer Arbeit	43
<i>Gaby Lenz und Rita Braches-Chyrek</i>	
I.3 Methoden der Armutsforschung	59
<i>Jeanette Bohr und Andrea Janßen</i>	
II. Wer ist arm – und warum eigentlich?	
II.1 Armut als negativer und positiver Begriff in Verbindung mit Sozialer Arbeit	79
<i>Michael May</i>	
II.2 Armut als gesellschaftliches Verhältnis	93
<i>Stephan Lessenich</i>	
II.3 Arme als Unterschicht	105
<i>Peter Bescherer</i>	
II.4 Armut als Problem der Bedürfnisbefriedigung	117
<i>Michael Klassen</i>	
II.5 Armut als fehlende Teilhabe	133
<i>Ortrud Leßmann</i>	
II.6 Subjektive Wahrnehmung und Bewältigung von Einkommensarmut	147
<i>Maren Hilke, Nora Jehles und Sigrid Leitner</i>	
III. Wie entsteht Armut und was verhindert ihre Bekämpfung?	
III.1 Einmal arm, immer arm? Zur intergenerationalen Transmission von Armutsrisiken	163
<i>Petra Böhnke, Marion Fischer-Neumann und Janina Zölch</i>	
III.2 Sozialraum und Armut	177
<i>Lars Meier</i>	

III.3 Doing poverty by doing ethnicity: Migration als Gegenstand der Armutsforschung	189
<i>Ayça Polat</i>	
III.4 Segregation im frühkindlichen Bildungssystem	203
<i>Nora Jehles</i>	
III.5 Chancen(un)gleichheit: Armut und Bildung in Deutschland	219
<i>Viktoria Häußermann</i>	
III.6 Prekäre Erwerbs- und Haushaltslagen	231
<i>Natalie Grimm</i>	
III.7 Als-ob-Arbeit – Normalisierungsstrategien von Menschen in Armutslagen	245
<i>Kai Marquardsen und Marliese Weißmann</i>	
 IV. Welche Erscheinungsformen hat Armut?	
IV.1 Kinderarmut	257
<i>Karl August Chassé</i>	
IV.2 Arm und ausgegrenzt – schon im Jugendalter. Ein Blick aus der Perspektive Flexibler Hilfen der Jugendhilfe	269
<i>Dennis Homann</i>	
IV.3 Armut und Wohnungslosigkeit	281
<i>Athanasios Tsirikiotis und Frank Sowa</i>	
IV.4 Armut von Geflüchteten	295
<i>Jan Bertram</i>	
IV.5 Altersarmut	309
<i>Antonio Brettschneider</i>	
 V. Wie sieht der gesellschaftliche Umgang mit Armut aus?	
V.1 ‚Armut‘ in den Medien	331
<i>Florian Vietze</i>	
V.2 Die mediale Darstellung von Armutsbetroffenen	345
<i>Maria Pernegger und Martin Schenk</i>	
V.3 Der sozialpolitische Wandel im Umgang mit Armut	359
<i>Carsten G. Ullrich und Daniela Schiek</i>	
V.4 Armutspolitik in Deutschland. Ein weites und unübersichtliches Feld!?	371
<i>Johannes Schütte</i>	
V.5 Selbst schuld! Armut im Zeichen der Aktivierung	383
<i>Sonja Fehr</i>	

VI. Was ist das für eine Gesellschaft, in der Armut (wieder) zur Normalität wird?

VI.1 Armut. Zur Dynamik der Normalisierung	397
<i>Ronald Lutz</i>	
VI.2 Das Wohltätigkeitssyndrom: Ausgrenzung als Verlust von Wahlfreiheit und die Wiederkehr der Lebensmittelhilfen	413
<i>Stephan Lorenz</i>	
VI.3 Rechtspopulismus und Armut	425
<i>Bettina Kohlrausch</i>	
VI.4 Solidarität im Sozialverbund – Ein Kompromiss in Raum und Zeit: Grundlegung und Infragestellung	443
<i>Ernst-Ulrich Huster</i>	

VII. Was verrät der Blick über den Tellerrand?

VII.1 Armut und Entwicklungsdanken zwischen Trickle Down und Sozialpolitik	459
<i>Yvonne Franke und Daniel Kumitz</i>	
VII.2 Sozialgeldtransfers: ein neues Instrument der Armutspolitik im globalen Süden	473
<i>Lutz Leisering</i>	
VII.3 Conditional Cash Transfers in Nicaragua und Brasilien zwischen Reduzierung extremer Armut, Assistenzialismus und der Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse	491
<i>Anne Tittor und Carolina Alves Vestena</i>	
VII.4 Globale Ungleichheiten als Herausforderung	505
<i>Tanja Kleibl und Ronald Lutz</i>	

VIII. Was ist zu tun und was (davon) wird schon getan?

VIII.1 Emanzipatorische Armutsbekämpfung – Freiheit und Selbstbestimmung statt Sozialkontrolle	521
<i>Michael David</i>	
VIII.2 Eigensinn und Armut – Bewältigungsstrategien am Rande der Gesellschaft	533
<i>Kai Marquardsen und Karin Scherschel</i>	
VIII.3 Kommunale Strategien gegen Kinderarmut	549
<i>Maren Hilke und Johannes Schütte</i>	
VIII.4 Mehr Egalität oder mehr Differenz in der Sozialpolitik?	563
<i>Petra Kaps</i>	
VIII.5 Wie kann Solidarität heute aussehen?	577
<i>Holger Wittig-Koppe</i>	
VIII.6 Wege aus der Armut – Gerechtigkeit in der Sozialpolitik	591
<i>Roswitha Pioch</i>	

Inhalt

Fazit: Sozialpolitik ist gestaltbar! Aufgaben für Forschung und Praxis 607
Kai Marquardsen

Autoren*innenverzeichnis 610

Stichwortverzeichnis 615

Einleitung

Kai Marquardsen

Das Thema Armut hat in Wissenschaft und Praxis in den letzten Jahren (wieder) verstärkt an Bedeutung gewonnen. Die Wahrnehmung einer Zunahme, wachsenden Komplexität und Verstetigung von Armutslagen lässt einen Bedarf nach Erklärungen entstehen: Was ist das Problem? Warum gibt es das Problem? Und was ist vor dem Hintergrund dieses Problemverständnisses zu tun? Der Bedarf nach Antworten auf diese Fragen lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass in jüngerer Zeit gleich mehrere umfassende Handbücher zum Thema Armut vorgelegt wurden. Zu nennen sind hier vor allem das „Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung“ von Huster et al. (in der 3. Auflage von 2018), das „Handbuch Armut“ von Böhnke et al. (2018) sowie das „Handbuch Kinderarmut“ von Rahn und Chassé (2020). Warum braucht es nun ein weiteres Handbuch zum Thema „Armutsforschung“ – und warum braucht es dieses Handbuch jetzt?

Bringing poverty research back in

Auch wenn Armut nie ganz verschwunden war, war sie unter den Bedingungen wirtschaftlichen Aufschwungs, des Ausbaus des Sozialstaats und seiner umverteilenden Wirkung in Deutschland zeitweise sprichwörtlich kein Thema gewesen. Es lassen sich vor allem drei Gründe anführen, weshalb sich das geändert hat – und diese hängen eng miteinander zusammen: *wirtschaftliche Krisen und die Entstehung von Massenarbeitslosigkeit, der Rückbau sozialstaatlicher Sicherheit für die Risiken der Existenz als Lohnabhängige sowie die Verbreitung neuer, atypischer Formen der Beschäftigung*. Quer dazu hat eine Entwicklung stattgefunden, mit der eine mikroökonomische Steuerungslogik nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Einzug gehalten hat. Dazu kurz im Einzelnen:

- Seit den 1970er Jahren trat die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Ökonomie zurück ins öffentliche, politische und wissenschaftliche Bewusstsein. Das Versprechen vom „Wohlstand für alle“ (Erhard 1957) stand aber nicht nur für diejenigen, die durch den Beschäftigungsabbau in die (Langzeit-)Arbeitslosigkeit entlassen wurden, in Frage. Vielmehr stand die Gefahr des sozialen Absturzes wieder als potenzielle Bedrohung für eine breite Masse an Lohnabhängigen im Raum. Nachdem Arbeitslosigkeit in Westdeutschland bis zum Ende der 1980er Jahre zurückgegangen war, wurde sie vor allem in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung zu einem Massenphänomen. Diese Konstellation bildete den Ausgangspunkt für eine Vielzahl von Studien, die sich mit der Lebenslage von Menschen in und am Rande der Armut befassten (vgl. z.B. Vonderach et al. 1992; Kronauer et al. 1993; Vogel 1995). Sie bildete aber auch den Ausgangspunkt für eine tiefgreifende Reform des Sozialstaats, die vor allem in der Agenda 2010 und den sogenannten Hartz-Reformen seit 2003 ihren Ausdruck fand.
- In der Armutsforschung wird heute vielfach die Einschätzung geteilt, dass das gegenwärtige Bild der Armut in Deutschland vor allem durch die Einführung des „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (kurz: Hartz IV) geprägt wurde (vgl. z.B. Lutz 2015: 14; Butterwegge 2016): Die Herabsetzung der vormaligen Arbeitslosenhilfe auf das

Niveau der Sozialhilfe, die verschärften Zumutbarkeitsregeln für die Annahme einer Beschäftigung, vor allem aber die mit der Umsetzung der Reformen kursierenden negativen Bilder von ‚den Arbeitslosen‘ habe dazu geführt, dass der Hartz IV-Bezug bis heute als Synonym dafür verwendet wird, sozial ‚ganz unten‘ angekommen zu sein (vgl. Dörre et al. 2013).

- Im Zuge der Reformen der 2000er Jahre fand darüber hinaus eine rechtliche De-Regulierung in Bezug auf Zeitarbeit sowie geringfügige Beschäftigungsverhältnisse statt. Den Prämissen der Arbeitsmarktreformen, dass jede Arbeit besser als keine sei, und der mikroökonomischen Sichtweise folgend, dass Arbeitslosigkeit ihre Ursache vor allem in Motivationsproblemen auf Seiten der Arbeitslosen habe (vgl. Lessenich und Fehr in diesem Band), erscheint diese Politik konsequent. Sie hat jedoch dazu beigetragen, dass ‚unterhalb‘ der Ebene langfristiger und existenzsichernder Erwerbsverhältnisse eine Ebene atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Grimm in diesem Band) entstanden ist, die sich durch Befristung, den ‚flexiblen‘ Einsatz von Arbeitskräften nach dem Bedarf der Unternehmen und einem nicht existenzsichernden Erwerbseinkommen auszeichnet. Das Phänomen der *working poor* (vgl. Strengmann-Kuhn 2003; Kaiser 2018), also der arbeitenden Armen, die z.T. mehrere Beschäftigungsverhältnisse gleichzeitig ausüben und/oder neben ihrer Beschäftigung noch ‚aufstockende‘ Leistungen nach dem SGB II erhalten, ist ein Ausdruck dieser ‚entsicherten‘ Verhältnisse (vgl. auch Bohr/Janßen sowie Grimm in diesem Band). Damit wurden kollektive Erwerbsrisiken individualisiert. Zugleich wurde die Verantwortung der Absicherung gegen diese Risiken z.T. an informelle Quellen delegiert. Das zeigt sich etwa im Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft im SGB II (vgl. Marquardsen 2012: 58f.). Es zeigt sich aber auch darin, dass der Sozialstaat die Versorgung von Leistungsbeziehenden (z.B. mit Nahrungsmitteln oder Kleidung) privaten bzw. caritativen Akteuren überlässt (vgl. Lorenz sowie Lutz in diesem Band). Schließlich hat die Ausweitung unfreiwillig atypischer, prekärer Beschäftigungsverhältnisse auch ‚oberhalb‘ der Schwelle zum Sozialleistungsbezug dazu beigetragen, dass die Angst vor dem sozialen Abstieg sich tief in das gesellschaftliche Bewusstsein eingegraben hat und insofern ‚überall‘ ist (vgl. Bourdieu 1998).

Ermöglicht wurde diese Entwicklung indes erst durch einen ‚ideologischen‘ Perspektivwechsel: Im Sinne einer mikroökonomischen Steuerungslogik ist es das Ziel, Verhaltensanreize zu setzen, die Menschen dazu ‚motivieren‘, ein erwünschtes Verhalten anzunehmen (vgl. Lessenich 2008: 74; 82ff.; Marquardsen 2011: 23ff.). Menschen werden in dieser Logik als individuelle Nutzenmaximier*innen gesehen, die ihre Präferenzen und Bedürfnisse rational den jeweiligen Bedingungen anpassen (vgl. Staub-Bernasconi 2018: 173). Als Richtschnur wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Handelns hat dieses reduzierte, dem Sozialen entkleidete Menschenbild dazu beigetragen, dass der soziale Abstieg für einen zunehmenden Teil der Lohnabhängigen zu einer greifbaren Bedrohung und für viele sogar zu einer realen Erfahrung geworden ist (vgl. Dörre 2009: 66ff.).

Schließlich hat sich seit März 2020 ein weiterer Faktor ergeben, der die ungleiche Verletzbarkeit von Menschen in Deutschland und weltweit deutlich gemacht hat: die Covid-19-Pandemie. Zwar steht die Forschung zu den sozialen Folgen der Pandemie noch ganz am Anfang. Aber erste Befunde, die z.T. auch in diesem Buch präsentiert werden, weisen sehr deutlich darauf hin, dass Menschen mit einem niedrigeren sozialen Status einerseits höheren Risiken ausgesetzt sind, an Covid-19 zu erkranken und von schwereren Verläufen betroffen zu sein (vgl. für einen Überblick Heisig 2021; Hoebel et al 2021: 500f.). Andererseits wird darauf verwiesen, dass die Pandemie soziale Ungleichheit verschärft. So sind Menschen in Berufen im

unteren Einkommenssegment, geringfügig und befristet Beschäftigte von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stärker betroffen (vgl. Buch et al 2021). Auch drohen sich ungleiche Bildungschancen bei Kindern zu verschärfen (vgl. Huber/Helm 2020; Häußermann in diesem Band), sodass auch zukünftige Teilhabechancen langfristig verbaut sein können.

All diese genannten Faktoren verweisen auf die Notwendigkeit, Armut als soziales Problem zum Thema zu machen. Dafür braucht es *Armutsforschung*. Die Konjunktur der Thematik, die sich in aktuellen Veröffentlichungen zeigt, lässt sich als Indikator für die sozialen Spaltungen verstehen, die die heutige Gesellschaft kennzeichnen. Armutsforschung geht dabei über die empirische Forschung zur Verbreitung von Armutslagen oder dem subjektiven Erleben und der Bewältigung von Armut hinaus. Im Sinne der relationalen Sichtweise bei Simmel (vgl. Lessenich in diesem Band) ist die Existenz der Sozialfigur des ‚Armen‘ immer im Verhältnis zu der Gesellschaft zu sehen, die dieses Konstrukt hervorbringt. Armutsforschung muss also ihren Gegenstand immer im Kontext des Gesamtgefüges sozialer Ungleichheit betrachten. So lässt sich etwa in Bezug auf die soziologische Prekaritätsdebatte feststellen, dass es erst die Existenz einer ausgedehnten und verfestigten Armutzone ist, die zur Existenz einer prekären Zwischenzone (vgl. Castel 2000) führt, in der die Menschen in der Angst vor dem sozialen Abstieg in die Armut leben. Vor diesem Hintergrund gewinnen schließlich Fragen nach sozialer Gerechtigkeit an Bedeutung, mit denen sich Armutsforschung auseinandersetzen muss. In einem solchen erweiterten Verständnis kann Armutsforschung nicht allein ein Gegenstand der Soziologie sein, sondern es braucht eine interdisziplinäre Perspektive, die Expertisen aus ganz unterschiedlichen Disziplinen einbezieht. Die Soziale Arbeit spielt in diesem Zusammenhang insofern eine besondere Rolle, als Armutsforschung in der Sozialen Arbeit ausdrücklich mit der Frage der Veränderung der sozialen Verhältnisse einhergeht, die Armut hervorbringen (vgl. Lenz/Braches-Chyrek in diesem Band). Eine solche Perspektive bleibt nicht bei der Analyse eines sozialen Problems stehen, sondern fragt danach, was getan werden muss, um dieses Problem zu lösen. In Abwandlung der Aussage von Marx (1845/1969) lässt sich der Auftrag der Armutsforschung insofern auch darin sehen, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern sie zu verändern.

Ziel dieses Handbuchs ist es, das soziale Problem der Armut (wieder) zum Thema zu machen. Dabei wird auf die neuen und alten gesellschaftlichen Herausforderungen durch Armut eingegangen. Es wird eine kritische Einordnung und Interpretation aktueller Entwicklungen und Erscheinungsformen von Armut vorgenommen. Und es werden Perspektiven für die sozialpolitische Bearbeitung von Armut aufgezeigt. Das Handbuch öffnet dabei den Blick auf Themen für die Armutsforschung, die aus benachbarten Disziplinen, nicht zuletzt aber aus der Praxis kommen. Insofern wird Armutsforschung nicht als einseitig-linearer Erkenntnisprozess verstanden, der von der Wissenschaft in die Praxis geht. Vielmehr werden ausdrücklich Impulse aus der Praxis aufgenommen, um die Perspektiven der Armutsforschung zu erweitern. Das Handbuch richtet sich dabei an Wissenschaftler*innen, Forschende und Studierende, aber auch an Praktiker*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Feldern. Ziel des Buches ist es ausdrücklich, einen Raum für Kontroversen zu schaffen, denn nur durch Kontroversen können sich Armutsforschung als Disziplin, das Wissen über Armut und auch Strategien im Kampf gegen Armut weiterentwickeln.

III.5 Chancen(un)gleichheit: Armut und Bildung in Deutschland

Viktoria Häußermann

Abstract: Das Aufwachsen in Armut hat in Deutschland Auswirkungen auf Bildungschancen. Bildungsprozesse beginnen mit dem ersten Lebenstag und finden an einer Vielzahl von Orten statt. Die Möglichkeit sich mündig und aktiv gesellschaftlich und politisch zu engagieren ist in einer Demokratie unabdingbar. Es setzt voraus, dass man sich im Bildungsbereich nicht abgehängt fühlt, sondern ein persönlichkeitsentwicklungsförderndes Klima erlebt. Aktive Armutssensibilisierung und konstruktive Auseinandersetzung mit den Armutslagen von Kindern soll Praktiker/innen einen adäquaten Umgang und Chancengerechtigkeit im Rahmen der pädagogischen Arbeit ermöglichen.

Schlagnote: Kinder- und Jugendarmut, Armutssensibilisierung, Armutsprävention, lokale Bildungslandschaften, Schule

1. Einleitung

Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung ist ein Gut. Bildung ist die Grundlage für soziale Teilhabe. Armut hat in Deutschland Auswirkungen auf die Bildungsmöglichkeiten von Kindern. Wie zahlreiche Studien neben PISA zeigen, sind Kinder in Armutslagen im Bildungsbereich besonders von ungleichen Chancen betroffen. In der Covid-19-Pandemie werden die großen Missstände des Bildungssystems hinsichtlich der Kompensation von Armut, Bildungsbenachteiligung und struktureller Ungleichheit besonders sichtbar. Die Offenlegung dieser Zustände birgt die Chance, jahrelang öffentlich geführte Diskurse nun in grundlegende Veränderungsprozesse zu überführen (vgl. Bremm/Racherbäumer 2020: 202). Sozialpädagogische Einrichtungen und Angebote sowie Schule haben mit der pädagogischen Seite des Phänomens Kinderarmut und der Kinderarmutsbekämpfung zu tun (vgl. Rahn/Chassé 2020: 15). Sie können Chancengeber oder -hinderer sein. Mündigkeit und die Möglichkeit, sich aktiv gesellschaftlich und politisch zu engagieren, sind in einer Demokratie unabdingbar. Es setzt voraus, dass man sich im Bildungsbereich nicht abgehängt fühlt, sondern ein persönlichkeitsentwicklungsförderndes Klima über die Spanne der Kindheit und Jugend hinweg erlebt.

Unter Berücksichtigung dieser Themen wird in diesem Beitrag der Zusammenhang von Armut und Bildung diskutiert. Betrachtet man den Bildungsbegriff, so wird deutlich, dass Bildung an unterschiedlichen Orten, wie in der Institution Schule, Familie und anderen sozialen Einrichtungen, stattfindet. Jedoch teilt keine andere Institution soziale Positionen wirkungsmächtiger zu bzw. reproduziert diese stärker als die Schule, weshalb diese besonders in den Fokus rückt. Armutssensible pädagogische Fachkräfte sind im Kontext der Bildungsangebote unabdingbar, um Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsmechanismen entgegenzuwirken. Das Ineinandergreifen von Angeboten im Sozialraum braucht umso mehr einen ganzheitlichen Blick auf die Armutsthematik, der sich auch in den lokalen Bildungslandschaften zeigt. Dieser komplexen gesamtgesellschaftlichen Problematik kann nicht allein auf der pädagogischen Ebene begegnet werden, sie stellt aber einen wichtigen Teil im Gesamtprozess dar.

2. Bildungsprozesse im Kontext von Armut

Die Bedeutung von Bildung im Rahmen des komplexen Problems Kinderarmut ist evident. Bildung findet an einer Vielzahl von Orten statt. Bildungsprozesse beginnen mit dem ersten Lebenstag eines Kindes und zeigen die Bedeutung des Systems Familie. Sie sind prinzipiell un abgeschlossen, stark informell und verlaufen jenseits von arrangierten Belehrungsarrangements (vgl. Thimm 2012: 56). Der Paradigmenwechsel in der Kindheitsforschung hat dazu geführt, dass Kinder selbst als Akteur/innen ihrer Bildungsprozesse in den Mittelpunkt gestellt werden, sodass ein Perspektivwechsel von der Betreuung zur Unterstützung stattgefunden hat (vgl. Chassé 2010: 106). Bildung ist von grundlegender Bedeutung für die Lebensentwicklung eines Menschen.

In der bildungswissenschaftlichen Fachdebatte wird der Mensch gesehen als „das mündige Subjekt, das Selbstverantwortung übernimmt und sukzessiv im Verlauf seiner Bildungsbewegung als gemeinschaftsbereites Individuum zur kulturellen, sozialen und politischen Teilhabe fähig und motiviert wird“ (Thimm 2012: 56). Die Nachteile, die von Armut betroffene Kinder im Bildungsbereich erfahren, wirken sich somit negativ in fast allen Lebensbereichen aus (vgl. Butterwegge 2018: 7). Sie haben Auswirkungen auf die gegenwärtige und spätere Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Butterwegge betont, dass Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen für eine förderliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich sind (vgl. 2009: 287).

Bildung findet an einer Vielzahl von Orten statt. Eine differenzierte Darstellung des Bildungsbegriffs unterscheidet die formale Bildung (Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystem), non-formale Bildung (organisierte Bildung freiwilliger Natur) und informelle Bildung (ungeplante Bildungsprozesse im Alltag) (vgl. Drilling 2009: 70).

In Bildungsinstitutionen soll Chancengerechtigkeit und eine Verringerung der Kinderarmut angestrebt werden. Im Artikel 29 Abs. I der UN-Kinderrechtskonvention ist festgehalten, was Bildung von Kindern enthalten sollte. Sie ist u.a. als inhaltliche Vorgabe für Bildungsinstitutionen zu verstehen. Bildung geht demnach über den Wissenserwerb hinaus. Im Vordergrund steht das Kind mit der Entwicklung seiner Persönlichkeit und den Begabungen und Fähigkeiten, die zur vollen Entfaltung gebracht werden sollen. Dem Kind soll Achtung vor den Mitmenschen in ihrer Diversität, den gesellschaftlichen Werten und der Umwelt im Rahmen eines verantwortungsbewussten Lebens vermittelt werden.

3. Chancen(un)gleichheit im Bildungswesen – Grundschule im Fokus

Die verstärkte Chancengleichheit durch Kinderarmut in der Gesellschaft stellt eine zentrale Herausforderung für Schule dar (vgl. Butterwegge 2009: 287). Zahlreiche Studien zeigen, dass der Armutsalltag Auswirkungen auf den Schulerfolg von Kindern hat (für einen Überblick vgl. Laubstein/Holz/Sedding 2016; Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2005). Weimann (2018: 18f.) weist darauf hin, dass Armutsbetroffene und armutsgefährdete Kinder ihre Bildungslaufbahn nicht frei von negativen Erfahrungen beginnen können. Schule sieht sich damit der Herausforderung gegenübergestellt, Kinder in Armutslagen besser zu fördern und stärker auf die Lebenswelt auszurichten. Bereits in den 1960er Jahren wurde die Verminderung sozialer Ungleichheit in der deutschen Erziehungswissenschaft thematisiert. Das deutsche Schul-

wesen übersetze, so die Kritik, gesellschaftliche Ungleichheit in ungleiche Bildungschancen (vgl. Chassé 2010: 104f.). Die herkunftsbedingte Ungleichheit werde durch die Schule sogar noch verschärft. Durch die frühzeitigen Bildungsschwellen, die im derzeitigen Bildungssystem in Deutschland installiert sind, werden bereits zu Beginn der schulischen Bildung Entscheidungen für den weiteren Bildungsverlauf und damit die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder geschaffen. Soziale Ungleichheit wird hierdurch, resultierend aus der Herkunftssituation der Kinder, (re-)produziert (vgl. Merten 2010: 72f).

Schule bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen Risiken und Chancen. Grundschulen können Orte der Langeweile, der sozialen Ausgrenzung und der Angst sein. Sie können aber gerade auch im Leben von Kindern, die in ihren Lebenswelten hohen Belastungen und Entwicklungsrisiken ausgesetzt sind, eine wichtige, Entwicklung schützende Funktion ausüben (vgl. Opp 2007: 240). Thimm macht darauf aufmerksam, dass es jedoch Kindern, die ‚bildungsfern‘ aufwachsen würden, an subjektiven und objektiven Voraussetzungen fehle, um ein/e erfolgreiche/r Schüler/in zu werden: „Sie vertrauen oft weder sich, noch der Welt; ihnen fehlen Erfahrungen, dass Wissen und Sprachkompetenz stolz und stark machen können; es mangelt ihnen habituell und kompetenzbezogen an Selbstdarstellungs-, Kultur- und Kommunikationstechniken, die in der Schule vorausgesetzt und eingesetzt werden können“ (Thimm 2012: 48). Schule ist keinesfalls nur der soziale Ort formaler Bildung. Hier geschieht soziales Lernen, hier erhält man Anerkennung oder erfährt Ausgrenzung sowie soziale Integration oder Ablehnung (vgl. Chassé 2010: 114). Diese Erfahrungen können Auswirkungen über die Lebensphase Kindheit hinweg haben. Der Blick auf weiterführende Schulen zeigt, dass hohe Schulversager- und Absentismusraten, Schulabbruch und Nichterreichen des Schulabschlusses zur Verfestigung von Armutskarrieren beitragen (vgl. Hollenstein/Nieslony 2017: 245).

Es besteht ein erhöhtes Risiko, diese Kinder für Prozesse der gesellschaftlichen Partizipation zu verlieren. Studien belegen, dass bei Kindern, die in Armut aufwachsen, im Erwachsenenalter kaum ein Engagement im gesellschaftlichen Bereich bestehe (vgl. Butterwegge 2018: 7). Räumliche und institutionelle Strukturen beeinflussen dabei maßgeblich individuelle Handlungsspielräume von Kindern, darunter auch das Ausmaß an Partizipationsmöglichkeiten und -befähigungen. Um Kindern eine benachteiligungsfreie und chancengleiche Zukunft zu ermöglichen, haben pädagogische Institutionen deshalb die Aufgabe, Kinder widerstandsfähig(er) gegen belastende Einflüsse zu machen (vgl. Weimann 2018: 86). In diesem Prozess übernehmen die pädagogischen Fachkräfte eine wichtige Rolle.

4. Funktion der pädagogischen Fachkräfte im Bildungsbereich

Pädagogische Fachkräfte haben als handelnde und gestaltende Personen Einfluss auf den Umgang mit dem Thema Armut in ihrem Arbeitsbereich. Die Frage nach einer reflexiven Haltung und der armutssensiblen Auseinandersetzung mit der Lebenslage Armut stehen hierbei im Vordergrund. Der Kenntnisstand und das Hintergrundwissen zu den komplexen Zusammenhängen von Armutslagen bieten die Möglichkeit, Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsprozessen entgegenzuwirken.

Bislang werden Auswirkungen von Kinderarmut auf den Grundschulalltag von den dort beschäftigten Pädagog/innen jedoch kaum thematisiert. Kinderarmut stellt immer noch keinen obligatorischen Bestandteil der Lehrer/innenausbildung dar, obwohl dies von Lehrkräften im-

V.1 ‚Armut‘ in den Medien

Florian Vietze

Abstract: Der Beitrag zeigt am Beispiel überregionaler Tages- und Wochenzeitungen auf, dass es sich bei Armut um ein medial konstruiertes Phänomen handelt. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs ergeben sich Phasen, in denen Armut medial breit thematisiert wurde, und Phasen, in denen sie verschwiegen bzw. relativiert wurde. Damit tragen Medien dazu bei, *ob* und *wie* Armut in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Das hat Folgen für die Betroffenen, da sich an ihrem Problem vermutlich wenig ändert, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit fehlt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Armut immer wieder in den Medien zu thematisieren und damit öffentliche und politische Aufmerksamkeit für das Thema zu generieren.

Schlagerworte: Medien, Agenda-Setting, Framing, Armut als soziales Problem, Armutsdeutungen

1. Die Problemstellung

Armut ist häufig Gegenstand der Medien: So werde beispielsweise „Armut auf der Straße immer sichtbarer“ (Zeit online, 31.03.2019) oder sie sei „vor allem ein ostdeutsches Problem“ (Spiegel online, 29.03.2016). Aber man findet auch gegenteilige Stimmen, z.B. dass ostdeutsche Altersarmut ein „Märchen“ sei (FAZ.NET, 17.08.2019).¹

Mit solchen Aussagen prägen Medien die öffentliche Wahrnehmung von Armut entscheidend mit. Denn in modernen Gesellschaften wird ein Großteil des Wissens über die soziale Wirklichkeit durch Massenmedien vermittelt (vgl. Luhmann 1996: 9). Das gilt umso mehr für das Wissen um gesellschaftliche Makrostrukturen wie Armut und Ungleichheit, die sich den Primärerfahrungen des Einzelnen weitgehend entziehen (vgl. Volkmann 2004: 301). Medien setzen Themen auf die öffentliche Agenda. Sie bestimmen mit, welche Themen in der Öffentlichkeit als wichtig erachtet und öffentlich diskutiert werden, allein schon dadurch, wie häufig sie das Thema aufgreifen, und wie prominent sie darüber berichten (vgl. Dearing/Rogers 1996: 8; Bulkow/Schweiger 2013: 177). Medien beeinflussen jedoch auch, *wie* diese Themen in der Öffentlichkeit wahrgenommen und bewertet werden, indem sie diese inhaltlich so *rahmen*, dass sie ganz bestimmte Deutungen und Interpretationen nahelegen (vgl. Entman 1993: 54; Schulz 2011: 145). Auch für die Thematisierung von Armut gilt, dass Medien dadurch die Einstellungen und Haltungen der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen, aber z.B. auch die der Politikerinnen und Politiker (vgl. Lorke 2015: 28).

Daraus ergibt sich die sozialpolitische Relevanz der Medienberichterstattung über Armut. Erfolgreiche Problematisierungen können z.B. den öffentlichen Rückhalt für Sozialreformen erhöhen (vgl. Köppe/Nullmeier/Wiesner 2007: 227; Schmidt 2007: 11). Gelangt Armut dagegen nicht in den öffentlichen Fokus, ist es unwahrscheinlich, dass sich für die Betroffenen etwas ändert. Mediendebatten sind deshalb – gerade bei sozialpolitischen Fragen – ein umkämpftes Feld, in dem unterschiedliche gesellschaftliche Interessensgruppen versuchen, ihre Themen und

1 Spiegel, Zeit und Frankfurter Allgemeine Zeitung werden im Folgenden als SP, ZT und FAZ abgekürzt.

Meinungen zu lancieren, um Mehrheitsmeinungen für ihre politischen Ziele herzustellen (vgl. Gerhards 2008:301; Volkmann 2004: 302).

Angesichts dessen ist es überraschend, dass die Armutsforschung der medialen Konstruktion von Armut bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat (vgl. für eine Problematisierung Malik 2010: 40; Stang 2012: 719). Bisherige Studien argumentieren häufig auf der Basis von medialen Einzelbeispielen (vgl. Buhr et al. 1991; Leisering 1993; Stang 2012; Butterwegge 2009) oder stark begrenzten Zeiträumen (vgl. Malik 2010), während systematische, historisch vergleichende Untersuchungen – bis auf Ausnahmen (vgl. Lorke 2015) – nicht vorliegen.

Der folgende Beitrag zeigt dagegen anhand einer Inhaltsanalyse ausgewählter Printmedien seit Ende des Zweiten Weltkriegs, dass es sich bei Armut um ein medial konstruiertes Phänomen handelt. Dieses bestimmt unser Denken und Handeln und den gesellschaftlichen Umgang mit Armut maßgeblich mit.

Theoretische Anknüpfungspunkte bieten die „relativistische Problemtheorie“ (vgl. Schetsche 2001; Groenemeyer 2001), die davon ausgeht, dass soziale Probleme sozial konstruiert werden, sowie das Konzept sozialer Deutungsmuster (vgl. Oevermann 2001). Letztere bezeichnen kollektive Vorstellungen, die mithilfe der Massenmedien verbreitet werden und das Handeln der Gesellschaftsmitglieder mitbestimmen (vgl. Plaß/Schetsche 2001).

Der folgende Abschnitt 2 dient der Einführung der zentralen theoretischen Konzepte und Zusammenhänge. Abschnitt 3 zeigt empirisch, wie unterschiedlich Armut im Zeitverlauf medial thematisiert wurde. Ein abschließendes Fazit diskutiert, welche Herausforderungen sich daraus für Wissenschaft und Praxis ergeben.

2. Theoretische Konzepte und Zusammenhänge: Die mediale Konstruktion von Armut

Der folgende Abschnitt knüpft an die „relativistische Problemtheorie“ an und bezieht diese auf das Armutsprblem (2.1), konzeptualisiert Armutdeutungen als soziale Deutungsmuster (2.2) und diskutiert die Rolle der Massenmedien bei der Konstruktion sozialer Probleme (2.3).

2.1 Armut als soziales Problem

Ob die Verhältnisse in einer Gesellschaft zu einem sozialen Problem werden, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie überhaupt als Problem wahrgenommen werden. Diese Annahme wird insb. in der „relativistischen Problemtheorie“ formuliert (vgl. für einen Überblick Schetsche 2001; Groenemeyer 2001), die ursprünglich auf Ansätze der amerikanischen Soziologie der 1960er Jahre zurückgeht (vgl. für die deutsche Rezeption Albrecht 1977; Haferkamp 1977). Sie begreift soziale Probleme im Gegensatz zur „objektivistischen Theorie“ nicht als objektive „soziale Strukturen“, die es zu beschreiben und deren Ursachen es zu erklären gilt, sondern als fach- und alltagsweltliche *Problemwahrnehmungen* und *-deutungen* (vgl. Schetsche 2001: 30/37).

Die Grundlage bildet die Beobachtung, dass bestimmte Probleme zeitweise „im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehen, und [zeitweise nicht], ohne daß sich am realen Ausmaß [...] etwas geändert haben muß“ (Leisering 1993: 488; vgl. auch Barlösius 2005: 11). Dies betrifft

nicht nur den Umstand, ob bestimmte Sachverhalte *überhaupt* als soziales Problem wahrgenommen werden, sondern auch die Interpretationen und Deutungen, die damit verbunden sind, z.B. die Vorstellungen darüber, was das Problem genau ausmacht, wer davon betroffen ist oder was Ursachen und mögliche Lösungsstrategien sind (vgl. Leisering 1993: 488f.).

Dabei sind durchaus Wechselwirkungen zwischen den Problematisierungen und den tatsächlichen Verhältnissen denkbar (vgl. Barlösius 2005: 11), beispielsweise, dass die Individuen bestimmte Deutungen vor dem Hintergrund ihrer sozialen Lage herausbilden. Diese haben wiederum ganz reale *Folgen*, denn eine erfolgreiche Problematisierung setzt die zuständigen politischen Entscheidungsträger unter Handlungsdruck (vgl. Schetsche 2001: 38). Das bedeutet auch, dass soziale Probleme eher nicht bearbeitet werden, wenn die öffentliche Wahrnehmung fehlt. Für die Betroffenen bedeutet das, dass sich an ihrem Problem wahrscheinlich wenig ändert. Das gilt auch für Armut: Auch hier hängt eine politische Bearbeitung erheblich davon ab, *ob* und *wie* sie als soziales Problem wahrgenommen wird, z.B. was die Dringlichkeit des Problems betrifft, welche Personengruppen im Fokus stehen und was als Ursachen und Folgen angesehen wird.

2.2 Deutungsmuster sozialer Ungleichheit und Armutsdeutungen

Die „relativistische Problemtheorie“ geht davon aus, dass die Problemwahrnehmung der Individuen in ein kollektives Problemwissen eingebettet ist (vgl. Schetsche 2001: 37), denn damit soziale Probleme existieren, müssen sie *viele* Gesellschaftsmitglieder als solche wahrnehmen. Dieses Wissen besteht in Form von „Deutungs-“ oder „Problemmustern“ (vgl. Plaß/Schetsche 2001, ursprünglich Oevermann 2001), die sich in Bezug auf Ungleichheit und Armut auch als „Deutungsmuster sozialer Ungleichheit“ (Sachweh 2010) oder „Armutsdeutungen“² bezeichnen lassen.

Sie stellen Orientierungswissen auf einer kognitiv-wissensmäßigen, evaluativen und normativen Ebene bereit (vgl. Ullrich 1999; Sachweh 2010: 100), d.h. Wissen um Art und Umfang von Armut und deren Ursachen und Folgen, aber auch eine Bewertung und Legitimation, z.B. Vorstellungen darüber, welche Formen von Armut als akzeptabel oder inakzeptabel gelten und welche normativen Prinzipien (z.B. Leistungs-, Bedarfsgerechtigkeit etc.) oder funktionalen Erfordernisse (z.B. Sparzwänge) diese notwendig oder nicht notwendig erscheinen lassen.

Für die Individuen bilden sie die Grundlage ihres Denkens und Handelns, indem sie ihre Situationsdefinitionen („Was ist der Fall?“) und Haltungsorientierungen („Was ist wünschenswert?“) und letztendlich ihre Handlungen danach ausrichten (vgl. Ullrich 1999: 1–3; Oevermann 2001: 5). Wird Armut z.B. als hoch und nicht wünschenswert angesehen, ist denkbar, dass die Einzelnen ihre Wahlentscheidung davon abhängig machen, mit gesteigener Spendenbereitschaft oder sozialem und politischem Engagement reagieren oder – im Falle von Journalistinnen und Journalisten, von Politikerinnen und Politikern oder Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – darüber reden und schreiben.

2 In eine ähnliche Richtung verweisen auch Begriffe wie „Armutsbilder“ (Leisering 1993: 489), „Armutsimages“ (Lorke 2015) oder „Ungleichheits-“ (Berger 1988) bzw. „Gerechtigkeitssemantiken“ (Volkman 2004: 301).

2.3 Die Konstruktion von Armutsdeutungen in den Medien: Problemkarrieren

Die Konstruktion von kollektiven Deutungsmustern findet primär in den Massenmedien statt, vor allem im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in der überregionalen Presse (vgl. Gerhards 2008: 304; Volkmann 2004: 298). Sie lässt sich idealtypisch als Stufenmodell beschreiben (vgl. im Folgenden Schetsche 2001: 38):

(1) Sie beginnt mit der öffentlichen Thematisierung von Problemen durch kollektive Akteure, z.B. durch Verbände, Parteien oder soziale Bewegungen. Diese lancieren die Problemdeutungen, die ihren Überzeugungen und sozialpolitischen Zielen dienlich sind.

(2) In der Öffentlichkeit entsteht eine erste Problemwahrnehmung.

(3) Da die öffentliche Wahrnehmung einem Konkurrenzdruck unterliegt, versuchen die Akteure die eigenen Deutungen gegenüber der Konkurrenz durchzusetzen und zu *hegemonialen* Deutungen im Diskurs zu machen (vgl. Gerhards 2008: 301). Dazu wenden sie sogenannte „Diskursstrategien“ (Schetsche 2001: 38; Leisering 2007) an, die die Aufmerksamkeit der Medien und der Rezipienten erhöhen, z.B. Dramatisierungen, Moralisierungen oder Emotionalisierungen. Dies findet häufig schon durch die Wahl der Begriffe statt, die bestimmte Interpretationen nahelegen und andere ausschließen (vgl. Schulz 2011: 149; Leisering 2007: 91–95).

(4) Sind sie erfolgreich, greifen die Medien das Thema verstärkt auf. Durch eine kontinuierliche Berichterstattung werden die Problemdeutungen immer weiter reproduziert, bis die Individuen sie übernehmen, in ihrem Alltag wahrnehmen und entsprechend handeln. Die Problemdeutungen finden Eingang in das kollektive Problemwissen und werden Teil der sozialen Realität (vgl. Schetsche 1996: 13).

(5) Eine kontinuierliche Berichterstattung und eine zunehmende Zuspitzung der Problemwahrnehmung setzen zudem die politischen Instanzen unter Druck, sich des Problems anzunehmen. Alternative Problemdeutungen werden dagegen verdrängt und verschwinden aus der öffentlichen und politischen Wahrnehmung.

Die Konstruktion sozialer Probleme unterliegt damit Konjunkturen der Problematisierung und Verdrängung, je nachdem, welche Problemdeutungen sich gerade durchsetzen können.

3. Die Konstruktion von Armut in den Medien seit 1946: Zwischen Problematisierung und Relativierung

Im Vorherigen wurde argumentiert, dass es sich bei Armut um ein sozial konstruiertes Phänomen handelt, dessen Thematisierung medialen Konkurrenzprozessen unterliegt. Empirisch zeigt sich dies daran, dass sich die Armutsberichterstattung seit Gründung der Bundesrepublik stetig verändert hat, sowohl im Hinblick darauf, *ob* und *wie häufig* Medien das Thema aufgreifen, als auch *wie* sie darüber berichten.

Untersucht man beispielsweise, wie häufig der Begriff ‚Armut‘ seit 1946 in den Printmedien *Der Spiegel*, *Die Zeit* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* verwendet wird, lässt sich beobachten, dass das Thema deutlichen Konjunkturen unterliegt (vgl. Abbildung V.1.1).

6. Wie inklusiv sind nationale Sozialgeldtransfer-Regime?

Nationale Sozialgeldtransfer-Regime sind noch vielfältiger als Sozialgeldtransfer-Systeme. Der Hauptbefund ist, dass die meisten Sozialgeldtransfer-Regime weit davon entfernt sind, die Gesamtbevölkerung des Landes abzudecken. Nur in 16 Ländern, das sind 11 % der 148 Länder des globalen Südens, die wir untersucht haben, sind die Sozialgeldtransfer-Systeme voll inklusiv, d.h. sie beinhalten Leistungsansprüche für alle Lebenslaufgruppen (Kinder, Personen im arbeitsfähigen Alter, Alte) und für Erwachsene mit Behinderung, und dies mit maximaler Gruppenausschöpfung (hohe Ausprägung des Inklusionsindex), oder sie decken Arme durch allgemeine Sozialhilfe weitestgehend ab. Voll inklusive Sicherung findet sich in einigen früheren Sowjetrepubliken, wie Armenien und Aserbaidschan, in einigen lateinamerikanischen Ländern, so in Brasilien, Chile und Jamaika, und in ostasiatischen Ländern und Territorien, insbesondere in Südkorea und China, mit Einschränkung auch in Hongkong, und in Mauritius in Afrika. Uruguay kommt voller Inklusivität zumindest nahe. Ein zweiter genereller Befund ist, dass die meisten Sozialgeldtransfer-Regime im globalen Süden stark fragmentiert sind, d.h. sich in mehrere kategoriale Systeme aufgliedern, teilweise ergänzt um allgemeine Sozialhilfe.

Die Kontinente weisen unterschiedliche Inklusionsprofile auf, d.h. sie unterscheiden sich nach dem Ausmaß der Abdeckung der Bevölkerung, nach den prioritären Zielgruppen sowie nach dem Ausschöpfungsgrad der Zielgruppen (vgl. Leisering 2019: 196–199). Selbst innerhalb der Gruppe der Niedrigeinkommensländer, die allesamt schwache Inklusionsprofile haben, finden wir erhebliche Variation (vgl. Leisering 2019: 202–204). Arme Länder haben nicht nur weniger Sozialgeldtransfersysteme, sondern diese Systeme sind tendenziell auch weniger inklusiv als in Ländern mittleren Einkommens.

7. Wirkungen von Sozialgeldtransfers

Es gibt zahlreiche Evaluationsstudien, die alles in allem ein positives Bild der Wirkungen der Transfers zeichnen. Allerdings funktionieren einige Programme so schlecht, dass es besser wäre, sie abzuschaffen. Nicht selten kommt es zu erheblichen Inklusions- und Exklusionsfehlern. SGT können sich in mehrfacher Weise positiv auf die Empfänger wie auf die Gesamtgesellschaft auswirken. Erstens wird *extreme Armut* vielfach reduziert. Studien zu den Wirkungen von *social safety nets* (die SGT umfassen; s. oben.) zeigen, dass diese Transfers 36 % der extrem armen Haushalte aus extremer Armut befreit haben (gemessen an dem von der Weltbank definierten Maß extremer Armut, das 2008 auf 1,90 \$/Tag gesetzt wurde), und die Armutslücke wurde im Schnitt um 45 % reduziert (vgl. World Bank 2018: 60, bezogen auf eine Stichprobe von 79 Ländern im globalen Süden). Selbst relative Armut, definiert als die unteren 20 % der Wohlfahrtsverteilung, wurde zu einem gewissen Maße vermindert. Allerdings fällt die Armutreduktion in armen Ländern geringer aus. Zudem werden die redistributiven Effekte in einigen Ländern durch regressive Besteuerung vermindert.

Zweitens haben SGT auch *immaterielle* Folgen für das Leben der Menschen. Die Transfers steigern nicht nur die Ressourcenausstattung, sondern signalisieren auch eine soziale Anerkennung der Armen. Sie tragen ein Stück weit dazu bei, arme Menschen zu Sozialbürgern zu machen. Ansprüche auf SGT haben Millionen von Menschen von passiven Objekten karitativer Hilfe zu Rechtsträgern und verantwortlich Handelnden ihres eigenen Lebens gemacht. Eine

wesentliche Begründung von SGT in globalen Diskursen war es, dass Arme nicht nur Opfer wirtschaftlicher Entwicklung sind, sondern auch Handelnde sein können, die selbst zu gesellschaftlicher Entwicklung beitragen. Studien haben nachgewiesen, dass SGT den sozialen Status der Hilfeempfänger in ihrer Familie, in der lokalen Wirtschaft und in der Gesamtgesellschaft verbessern können (vgl. Leisering 2019: 311). Z.B. werden Hilfeempfänger als kreditwürdig angesehen, und alte Menschen genießen eine höhere Anerkennung in der Familie, wenn sie von ihrer sozialen Rente ihre Kinder und Enkelkinder unterstützen. SGT haben es auch Großmüttern im südlichen Afrika ermöglicht, sich um ihre Enkel zu kümmern, deren Eltern durch AIDS gestorben sind. Positive Wirkungen wurden auch verzeichnet in Hinblick auf Schulbesuch und Schulleistung der Kinder, wirtschaftliche und politische Teilhabe, Befähigung von Frauen sowie Gesundheit (vgl. den Literaturbericht bei ODI 2016; für das subsaharische Afrika vgl. FAO/UNICEF 2016).

Drittens können SGT auch positive *strukturelle* Auswirkungen auf die lokale und die nationale Wirtschaft sowie auf die soziale Entwicklung haben, indem sie arme Menschen befähigen, zur Gesellschaft beizutragen. Einige SGT sind mit weiteren Leistungen verbunden. Barrientos (2013: 108f.) unterscheidet reine Einkommenstransfers, Einkommenstransfers kombiniert mit Sachleistungen, und integrierte Armutsreduktionsprogramme. Barrientos argumentiert, dass reine Einkommensprogramme nur auf Reduzierung monetärer Armut und Verminderung konsumtiver Defizite der Armen zielen, während die anderen beiden Typen umfassendere Dimensionen von Armut ansprechen. In globalen Diskursen internationaler Organisationen wurden jedoch auch reine Einkommenstransfers durch ihre potentiellen Entwicklungseffekte legitimiert (vgl. von Gliszczynski 2015: 34f., 132f.). Studien der Wirkungen von SGT in den Ländern bestätigen dies. Wenn Armut und SGT auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung bezogen werden, so werden damit kollektive Nutzen von monetären Transfers betont. Tatsächlich war in der Geschichte der Sozialpolitik im globalen Norden der Verweis auf kollektiven, vor allem wirtschaftlichen Nutzen sozialer Sicherung, ein wesentlicher Faktor der Expansion sozialer Sicherung. Rein moralische Begründungen Gutes zu tun, reichten nicht aus. Im globalen Süden scheint es sich in Bezug auf SGT ähnlich zu verhalten. Die Idee eines unbedingten Grundeinkommens wurde auch deshalb kein mehrheitsfähiges Modell von SGT, weil die Zuschreibung wirtschaftlichen Nutzens fehlt.

Wie immer bei Sozialpolitik sind bei SGT auch negative Wirkungen zu beachten. Die selektive Abdeckung der Armen und die Fragmentierung der nationalen Transferregime schaffen neue soziale Spaltungen. Die Einführung von SGT impliziert auch eine Juridifizierung und Bürokratisierung von Armut, und die örtliche Auswahl Leistungsberechtigter (*targeting*) hat ein neues Feld für Klientelismus eröffnet. Zudem werden in der Literatur die Opportunitätskosten von SGT kaum angesprochen. Hall (2017: 156) fragt etwa, ob Investitionen in soziale Infrastruktur nicht produktiver sein könnten als steigende Ausgaben für SGT.

8. Fazit: die Individualisierung von Armutspolitik

In den letzten 25 Jahren haben sich SGT in den Ländern des globalen Südens sowie in der Programmatik internationaler Organisationen als neues Instrument der Armutsbekämpfung verbreitet. Hierdurch wurde relevanten Gruppen von Menschen im globalen Süden, die bis dato von staatlichen sozialen Sicherungen ausgeschlossen waren, ein (bescheidener) Zuwachs an

Ressourcen sowie vor allem an Würde zuteil. Die Sicherungslücke, die die Sozialversicherung lässt, wurde z.T. gefüllt. Die Umsetzung der weltkulturellen und menschenrechtlichen Idee des Universalismus wurde hierdurch auf signifikante, wenn auch begrenzte Weise gesteigert. Selbst in der humanitären Hilfe und bei der Unterstützung von Migranten werden Geldzahlungen an Betroffene zunehmend als Instrument eingesetzt.

Neben der Verminderung von Armut haben SGT auch die soziale Anerkennung armer Menschen gesteigert, insbesondere wurde ihr potentieller Beitrag zu Entwicklung anerkannt. Das Medium Geld hat zudem einen Freiheits- und Autonomieraum für die Leistungsempfänger geschaffen, anders als dies bei Sachleistungen oder den in Indien verbreiteten Subventionen von Grundnahrungsmitteln der Fall ist. Hanlon et al. (2010: 10f.) sehen SGT gar als Chance armer Menschen zu eigenständigem Handeln, um der Fremdbestimmung durch ausländische Geldgeber und internationale Organisationen entgegenzutreten (vgl. ähnlich Ferguson 2015). Kritiker sehen SGT dagegen als Einbeziehung der Armen in den finanzierten globalen Kapitalismus (vgl. Lavinás 2013).

Wenn armen Menschen individuelle Anspruchsrechte auf soziale Sicherungsleistungen gewährt werden, so beinhaltet dies eine *Individualisierung von Armutspolitik*. Dieser neue Typus von Armutspolitik unterscheidet sich von früheren Ansätzen (Abbildung VII.2.2): von Armenhilfe ohne individuellen Rechtsanspruch; von quasi-rechtsbasierter Hilfe im Rahmen traditioneller Arrangements karitativer Hilfe oder Patronage (vgl. Simmel 1908); von Konzepten des *community development* und des Aufbaus kollektiver Infrastruktur; und schließlich von Strategien wirtschaftlichen Wachstums, die darauf zielen, durch makroökonomische Politik die kollektive Armut von Ländern zu vermindern statt den Menschen individuelle Rechte auf Sozialleistungen zu geben.

Die Individualisierung von Armutspolitik basiert auf einer veränderten Definition, Rahmung und theoretischen Erfassung von Armut. Statt kollektive Armut von Ländern ist die Armut von Individuen in den Vordergrund gerückt, d.h. das neue Konzept individualisierter Armutspolitik verbindet sich mit einer Individualisierung von Armut. Arme gelten nicht mehr nur als Opfer sozialen Wandels oder als bloße Gegenstände barmherziger Hilfe, sondern als Handelnde, die öffentliche Leistungen verantwortlich nutzen können und das Potenzial haben, selbst zu wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Entwicklung beizutragen. Dies zeigt ein neues, individualisiertes Konzept von Entwicklung an (vgl. von Gliszczynski 2015: Kap. 4.2). In diesem Sinne erscheint es sinnvoll, das Potenzial armer Menschen durch individualisierte öffentliche Zahlungen zu stärken, im Sinne einer sozialen Investition. Dabei bedeutet Individualisierung nicht, dass der Haushaltskontext vernachlässigt wird. Die Einräumung von Leistungsansprüchen an Individuen berücksichtigt oft den Haushaltskontext, in dem arme Menschen leben, um deren Bedürftigkeit festzustellen, etwa bei Haushalten, in denen arbeitsfähige Personen fehlen (vgl. Schubert 2020).

Trotz alledem haben SGT systematische Grenzen. Sie tragen nur zur Verminderung extremer Armut bei und sichern selten ein Existenzminimum, wie es die Sozialhilfe in nord- und westeuropäischen Ländern tut. Es sind also keine Grundsicherungen im eigentlichen Sinne, und sie sind politisch meistens nicht so gedacht. Viele Systeme schließen relevante große wie kleine Gruppen von Leistungsansprüchen aus und schaffen neue soziale Spaltungen durch kategoriale Fragmentierung. Die Begrenzungen von SGT verweisen auf politische Grenzen. Niño-Zarazúa (2012) und Ulriksen (2012) haben auf die entscheidende Rolle der Politik für die Entwicklung und Qualität von SGT hingewiesen. Es geht also nicht nur um begrenzte Ressourcen und

unzureichende administrative Kapazitäten in Ländern des Südens. Zudem zeigt eine genauere Analyse globaler Diskurse, dass der Konsens zwischen internationalen Organisationen über die Wünschbarkeit von SGT begrenzt ist (vgl. von Gliszczynski/Leisering 2016: 339f.).

9. Sozialgeldtransfers in der globalen Coronakrise

Die globale Coronakrise ist ein Härte-test für SGT. Zum ersten Mal seit 30 Jahren nimmt die globale Armut wieder zu, wobei auch neue Formen von Armut auftreten (vgl. World Bank 2020). Sind SGT ein geeignetes Instrument angesichts einer derartigen kollektiven Bedrohung? In der globalen Debatte wird von ‚Schocks‘ oder Krisen gesprochen, die die Politik der sozialen Sicherung vor neue Herausforderungen stellen – hierzu zählen neben Pandemien auch der Klimawandel und Kriege.

Die Coronakrise zeigt zum einen die Stärke von SGT: dass sie schnell verfügbar sind und angepasst werden können, im Unterschied zu Sozialversicherungsleistungen; dass der Verwaltungsaufwand geringer ist als bei Sachleistungen, etwa der Verteilung von Lebensmitteln; und dass das Medium Geld autonomiewahrend ist. Zum anderen zeigte die Krise auch Schwächen von SGT: dass sie zumindest derzeit nur Teile der Bevölkerung abdecken, dass ihre Leistungen meist niedrig sind, und dass sie die *missing middle* zwischen Beziehern von SGT und von Sozialversicherungsleistungen nicht erreichen.

Insgesamt war und ist soziale Sicherung eine wichtige, wenn auch öffentlich weniger bekannte Antwort auf die Coronakrise (vgl. Leisering 2021; für die folgenden Zahlen vgl. Gentilini et al. 2021; sie beziehen sich auf die ganze Welt und die Zeit bis Mai 2021). 18 % des Gesamtpakets der umgesetzten oder geplanten Ausgaben zur Bearbeitung der Krise entfallen auf soziale Sicherung. Gemäß internationalem Sprachgebrauch gliedert sich soziale Sicherung (genauer: *social protection*) in drei Bereiche: Sozialhilfe (inklusive SGT), Sozialversicherung und arbeitsmarktbezogene Maßnahmen. Weltweit wurden 3333 Maßnahmen ergriffen, in 222 Staaten und Territorien, das sind umgesetzte oder geplante Änderungen an existierenden sozialen Sicherungssystemen oder Einführung neuer Systeme. Davon sind SGT der größte Einzelposten, sie machen etwa ein Drittel aus: auf Arbeitsmarktmaßnahmen entfallen 24 %, auf Sozialversicherungsmaßnahmen 21 %, und auf Sozialhilfe 55 %. Von diesen 55 % entfallen 23 Prozentpunkte auf SGT mit 782 Maßnahmen; 10 Punkte auf Sachleistungen, vor allem Essen, Gutscheine und Schulessen; und 22 Punkte auf den Rest, vor allem *cash-for-work* und Unterstützung bei Heizmittel, Strom usw. (schlägt man *cash-for-work* zu SGT, entfallen 25 Punkte auf SGT). In *low-income-countries* (LIC) dominiert Sozialhilfe noch stärker (mit 73 %; 9 % entfallen auf Sozialversicherung und 19 % auf Arbeitsmarkt), in *lower-middle-income-countries* (LMIC) ist die Relation 66:16:19, in *high-income countries* (HIC) 45:26:29.

Maßnahmen betreffen Veränderungen des Deckungsgrades, der Leistungshöhe, der Zugangsbedingungen und der Verwaltung. Der Deckungsgrad existierender SGT (die folgenden Zahlen beziehen sich auf SGT ohne soziale Renten; zu letzteren s. HAI 2020) wird selten erweitert; es dominieren neu geschaffene Transfers, die jedoch nur Einzel- oder Mehrfachzahlungen beinhalten, also Notmaßnahmen sind, und fast alle bedürftigkeitsgeprüft sind. Die teilweise anzutreffende Sicht, die Krise sei der Moment, um ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, schlägt sich also nicht in den Maßnahmen nieder. Im Effekt steigt der Deckungsgrad massiv, im Schnitt in einer Teilstichprobe um 249 %, in LIC sogar noch stärker, aber

ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Insgesamt erreichen alte und neue SGT 1,58 Milliarden Menschen, das sind 20 % der Weltbevölkerung. Selten werden die Leistungen erhöht, nämlich nur bei 19 % aller Systeme, teils als generelle Leistungserhöhung oder als Zusatzzahlung. Veränderungen der Zugangsbedingungen betreffen die Vorauszahlung von Leistungen, die Verlängerung der Dauer befristeter Leistungen und Geldzahlungen ohne Arbeitsleistung bei öffentlichen Arbeitsprogrammen. Verwaltungsmaßnahmen beinhalten eine verbesserte Registrierung der Adressaten und des Informationsmanagements sowie Vereinfachungen, etwa die Möglichkeit, online oder telefonisch Anträge zu stellen.

Selbst wenn nur sehr niedrige Basisleistungen für alle Bedürftigen erbracht werden sollten – was die ILO *floor* nennt –, so wäre der Finanzbedarf immens: im Schnitt 3,8 % des Bruttoinlandsprodukts eines Landes, in LIC sogar 15,9 % (jeweils für 2020; ILO 2021). Dies überfordert viele Länder, sodass die Finanzierung coronabezogener zusätzlicher sozialer Sicherungen wesentlich multilateral erfolgen muss, empirisch in 2020 in LIC zu fast 100 %, in LMIC immerhin zu 63 %.

10. Ausblick: welche Zukunft haben Sozialgeldtransfers?

Historisch haben große Krisen im 20. Jahrhundert teilweise zu einem Aufbruch in der Politik sozialer Sicherung geführt. Für die Coronakrise scheint das nicht zuzutreffen. Die maßgeblichen internationalen Organisationen bringen ihre bekannten Modelle sozialer Sicherung ein, die alle wesentlich auf SGT beruhen: Die ILO plädiert für basale Sicherungen (*floors*), kombiniert mit Sozialversicherungen (vgl. ILO 2021), zusammen als *staircase model* bezeichnet. UNICEF (2020) tritt für Leistungen für Familien und Kinder ein. Die Nichtregierungsorganisation HelpAge International (2020) und regionale Gliederungen von UNICEF plädieren für universale Leistungen für alte Menschen und Kinder. Eine Initiative des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zusammen mit dem britischen Foreign, Commonwealth & Development Office plädiert dagegen für sorgfältige Bedarfsanalysen und bedürftigkeitsgeprüfte Leistungen (SPACE 2020), also gerade keine universalen Einheitsleistungen an Personen unabhängig von ihrem Haushaltskontext. Schließlich fordern einige ein bedingungsloses Grundeinkommen (kritisiert von ILO 2021). Die UN (2020) definieren die Coronakrise generell als Herausforderung für soziale Menschenrechte.

SGT scheinen also weiterhin tragende Komponenten sozialer Sicherung im globalen Süden zu bleiben. Es bleibt ein großer Spielraum für Erhöhungen des Deckungsgrads, während Steigerungen der Leistungshöhe strukturell begrenzt zu sein scheinen, da dann erheblich mehr Umverteilung nötig wäre (vgl. Böger 2021). SGT beschränken sich auf die Bekämpfung von (extremer) Armut. In den 2010er Jahren wird jedoch die wachsende globale Ungleichheit zunehmend als Problem gesehen. Die Entwicklungspolitik ist gefordert, über die herkömmliche Fokussierung auf Armut (als unteres Ende der Ungleichheitsskala) hinauszugehen und übermäßige soziale Ungleichheit zu bekämpfen.

Zur Ungleichheitsbekämpfung bedarf es sozialer Sicherungsformen oberhalb basaler Sicherungen gegen Armut. Das würde mehr Umverteilung erfordern als die derzeitige beschränkte Umverteilung für SGT, was politisch schwerer durchzusetzen wäre. SGT wären einzubetten in eine mehrdimensionale Architektur sozialer Sicherung und sozialer Rechte: horizontal differenziert nach unterschiedlichen sozialpolitischen Gütern wie Einkommen, Gesundheit und

Fazit: Sozialpolitik ist gestaltbar! Aufgaben für Forschung und Praxis

Kai Marquardsen

Das vorliegende Handbuch versteht sich als Handbuch für Wissenschaft *und* Praxis. Erklärter Anspruch ist es, nicht nur eine weitere Sammlung wissenschaftlicher Befunde zu schaffen, sondern den Blick bewusst für Perspektiven für die und aus der Praxis zu öffnen. So sollte die Herstellung und Verbreitung wissenschaftlichen Wissens nicht als Einbahnstraße gedacht werden, die von der Wissenschaft in die Praxis verläuft, sondern das Wissen und die Erfahrungen aus der Praxis lassen neue Themen und Fragen für die Armutsforschung entstehen. Neben Impulsen aus der Praxis ist außerdem das armutsrelevante Wissen aus benachbarten wissenschaftlichen Disziplinen einzubeziehen. Das Handbuch kann hierbei nur einen Anstoß für ein solches inter- und transdisziplinäres Verständnis von Armutsforschung geben. Zugleich soll mit dem Handbuch Raum für Kontroversen geschaffen werden, da sich Armutsforschung erst durch den produktiven Streit um Befunde und Deutungen weiterentwickeln kann.

Die Beiträge in diesem Band geben einen weitreichenden, wenn auch keinesfalls erschöpfenden Überblick zum Stand der Armutsforschung im deutschsprachigen Raum. Sie zeigen sehr deutlich, dass Armut nicht nur ein vielschichtiges Thema für die wissenschaftliche Forschung ist, sondern vor allem ein soziales Problem mit enormer gesellschaftlicher Brisanz. Forschung über Armut nimmt dabei selten einen ‚neutralen‘ Standpunkt gegenüber ihrem Gegenstand ein. Menschen, die sich in Forschung und Praxis mit Armut auseinandersetzen, richten ihren Blick i.d.R. auf Armut als einen sozialen Missstand. Dabei können sich die Antworten darauf, was die Ursachen dieses Missstands sind, unterscheiden. Und entsprechend unterscheiden sich auch die Antworten auf die Frage, was getan werden muss, um diesen Missstand zu beheben, und wie es dabei *gerecht* zugehen kann.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Existenz von Armut mit unserem heutigen Verständnis von Menschenwürde und Menschenrechten nur schwer vereinbar ist. Aber selbst einer (heute leider verbreiteten) mikroökonomischen Perspektive auf das Soziale muss die Existenz von Armut irrational erscheinen. So ließe sich zwar der Standpunkt einnehmen, dass Armut durch individuelles Fehlverhalten entsteht und damit auch die Verantwortung dafür beim Individuum liege. Über die Kritik an ihrem verkürzten Menschenbild hinaus muss eine solche verengte mikroökonomische Perspektive aber zur Kenntnis nehmen, dass durch die Existenz von Armut nicht nur Folgekosten für die Gesellschaft entstehen, sondern auch individuelle Potenziale für die Gesellschaft ungenutzt bleiben, wenn strukturell verfestigte ungleiche Chancen für Menschen verhindern, dass solche Potenziale entwickelt und entfaltet werden können. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Aufgabe von Armutsforschung nicht nur darin sehen, soziale Missstände sichtbar zu machen und zu erklären, sondern auch die Mechanismen kritisch zu hinterfragen, die zur Reproduktion von Armut führen.

In der Einleitung zu diesem Handbuch wurden drei grundlegende, erkenntnisleitende Fragen für die Armutsforschung benannt: Was ist das Problem? Warum gibt es das Problem? Und was ist vor dem Hintergrund dieses Problemverständnisses zu tun? Ziel dieses Fazits ist es nicht, die vielfältigen in diesem Handbuch versammelten Antworten auf diese Fragen zu wie-

derholen. Stattdessen seien einige Einschätzungen dazu gegeben, die ausdrücklich nicht den Anspruch erheben, abschließende Antworten zu formulieren. Denn das kontroverse Ringen um Antworten bleibt eine dauerhafte Aufgabe der Armutsforschung.

Was ist also das Problem? Als mögliche Antwort auf diese Frage lässt sich feststellen, dass für Menschen in Armutslagen die Chance auf soziale Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt ist. Auf der Ebene des Individuums ließe sich Armut im Sinne des *Capability Approach* als Problem fehlender Möglichkeiten einer Person verstehen, ein Leben nach den eigenen Vorstellungen zu führen. Armut führt dazu, dass individuelle Bedürfnisse nicht befriedigt werden können. Zudem ließe sich grundsätzlich argumentieren, dass Armut die Würde des Menschen und damit ein individuelles Grundrecht antastet. Darüber hinaus ist Armut aber ein gesellschaftliches Problem, indem sie den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet. Armut hindert Menschen daran, sich in die Gesellschaft einzubringen und sich darüber als Teil dieser zu erfahren. Aus dieser Sicht führt Armut also zu sozialen Problemen, Konflikten und Dysfunktionalitäten.

Warum aber besteht dann das soziale Problem der Armut trotzdem weiter? Die Beiträge in diesem Band geben auf diese Frage verschiedene Antworten, die hier wiederum nicht vollständig wiedergegeben werden können und sollen. Grundsätzlich sind die Ursachen heutiger Erscheinungsformen von Armut und sozialer Ungleichheit aber im globalen Wirtschaftssystem zu suchen. So ist ökonomische Macht sowohl zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft als auch zwischen verschiedenen Weltregionen höchst ungleich verteilt. Zu dieser grundlegenden sozialen Ungleichheit tritt z.B. eine relativ verfestigte ungleiche Verfügung über private Einkommen und Vermögen, Bildung oder soziale Beziehungen, die wiederum zu einem ungleichen Zugang zu sozialen Positionen und Chancen sozialer Teilhabe führen. Die Strukturen sozialer Ungleichheit in kapitalistisch verfassten Gesellschaften erweisen sich hier als überaus beharrlich. An dieser Stelle kommt die Sozialpolitik ins Spiel, denn innerhalb der beschriebenen grundlegenden Ungleichheitsordnung kann sozialpolitisches Handeln einen erheblichen Einfluss auf die Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen und individuellen Teilhabechancen ausüben. Damit ist die dritte und letzte Frage angesprochen.

Was ist vor dem Hintergrund dieser Problemanalyse zu tun? Armut ist kein ‚natürlicher‘ Zustand, sondern sie ist das Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Prioritätensetzungen. Entsprechend ist dieser Zustand auch veränderbar. Die Sozialpolitik ist dabei ein wesentliches Politikfeld, in dem darüber entschieden wird, inwiefern das soziale Problem der Armut bestehen bleibt bzw. sich weiter verschärft oder inwiefern nachhaltige Lösungen gesucht und umgesetzt werden: Wieviel Armut kann und will sich eine Gesellschaft leisten? Und wie ist es zu rechtfertigen, dass ein dauerhaft hoher Anteil von Menschen von grundlegenden Chancen sozialer Teilhabe ausgeschlossen bleibt? Armutsforschung kann und sollte Sozialpolitik durch kritische Fragen unter Druck setzen, Lösungen für das soziale Problem der Armut zu finden. Und diese Fragen sind nicht nur für den Rahmen nationalstaatlicher Politik, sondern auch im globalen Maßstab zu klären. Selbstverständlich werden Lösungen für das soziale Problem der Armut dabei nicht nur im Feld der Sozialpolitik entschieden. Beispielsweise spielen Bildungspolitik, Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik ebenso eine wichtige Rolle wie Entwicklungspolitik und nicht zuletzt Finanzpolitik, da es immer auch um die Verteilung begrenzter Mittel zwischen verschiedenen Ressorts geht. Der Sozialpolitik kommt jedoch bei der Bekämpfung von Armut eine Scharnierfunktion zwischen diesen Politikfeldern zu. Die Entscheidung, ob eine konsequente und nachhaltige Bekämpfung von Armut gewollt oder nicht gewollt ist, ist

dabei trotz der Beschränkungen, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung der Gesellschaft auferlegt, eine politisch-normative Entscheidung. Vor dem Hintergrund des vorhandenen globalen Reichtums müsste heute niemand arm sein. Der Umstand, dass es Armut trotzdem noch immer gibt, ist neben der grundsätzlichen Ungleichheit, die kapitalistischen Gesellschaften innewohnt, als Ergebnis politischer Weichenstellungen zu sehen. Armut wird gemacht. Dadurch ist sie aber zugleich politisch veränderbar. Armutsforschung kann und sollte einen Beitrag dazu leisten, nicht nur das Wissen für einen solchen Veränderungsprozess bereitzustellen, sondern diese Veränderungen auch einzufordern.

Autoren*innenverzeichnis

Bertram, Jan, M.A., Sozialwissenschaftler und Sozialarbeiter, Vertretung der Professur für Sozialpolitik und Sozialökonomie an der Katholischen Hochschule Mainz, Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarktpolitik, Migrationspolitik, Armut und soziale Ungleichheit

Bescherer, Peter, Dr., Soziologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena, Arbeits- und Interessenschwerpunkte: Kritische Theorie der Gesellschaft, Prekarisierung und soziale Ungleichheit, Stadtforschung, soziale Bewegungen

Böhnke, Petra, Prof. Dr., Professorin für Soziologie, insbesondere Soziologie des sozialen Wandels, Universität Hamburg, Arbeitsschwerpunkte: Armut, Prekarisierung, Sozialkapital, soziale Mobilität, Lebenszufriedenheit

Bohr, Jeanette, Dr. rer. soc., Soziologin, Senior Researcher, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Arbeitsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse und soziale Ungleichheit, wissenschaftlicher Service zu Mikrodaten der amtlichen Statistik

Braches-Chyrek, Rita, Prof. Dr., Professorin für Sozialpädagogik, Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Arbeitsschwerpunkte: Theorie, Geschichte und Handlungsmethoden Sozialer Arbeit, Generationen, Geschlechter- und Kindheitsforschung

Brettschneider, Antonio, Prof. Dr., Soziologe und Politikwissenschaftler, Professor für Kommunale Sozialpolitik an der Technischen Hochschule Köln, Arbeitsschwerpunkte: Kommunale Sozialpolitik im Mehrebenensystem, Alterssicherungs- und Altersarmutspolitik, soziale Lebenslaufpolitik, qualitative Ungleichheitsforschung

Chassé, Karl August, Prof. Dr. phil. habil., Schwerpunkt Sozialpädagogik, 1993–2014 an der Ernst-Abbe Hochschule in Jena, Arbeitsschwerpunkte: Theorie und Geschichte der sozialen Arbeit, Heimerziehung, Hilfen zur Erziehung, soziale Ungleichheit, Armut und Kinderarmut, KJHG-Reform

David, Michael, M.A., Soziologe, Diakonie Deutschland, Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik gegen Ausgrenzung und Armut und damit verbundene fachliche Konzeptionen, Stellungnahmen zu Gesetzen, politische Lobbyarbeit und aktive Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung

Fehr, Sonja, Dr., Soziologin, Lehrkraft für besondere Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte: Armutsforschung, Soziologie sozialer Ungleichheit, Familien- und Arbeitssoziologie, Empirische Sozialforschung (Mixed Methods)

Fischer-Neumann, Marion, Dr., Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Duisburg-Essen, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Migration und Integration, Familienbeziehungen, quantitative Methoden

Franke, Yvonne, Dr. rer. pol., Politikwissenschaftlerin, Institut für Diversitätsforschung, Universität Göttingen, Arbeitsschwerpunkte: Globale Soziale Ungleichheit, Qualitative Methoden der Sozialforschung, Transdisziplinarität

Grimm, Natalie, Dr., Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen, Arbeitsschwerpunkte: Wandel von Arbeits- und Lebenswelt, Prekarität, soziale Ungleichheit und Statusinkonsistenz, Sozialstrukturanalyse und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Häußermann, Viktoria, Dr. phil., Diplom-Sozialarbeiterin/Diplom-Sozialpädagogin, Lehrkraft für besondere Aufgaben an der FH Kiel im Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Arbeitsschwerpunkt: Armut und soziale Ungleichheit

Hilke, Maren, M.A., Sozialwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich kommunale Sozialpolitik an der TH Köln, Arbeitsschwerpunkte: Armut und soziale Ungleichheit, Kinderarmut, Segregation, kommunale Ansätze gegen Armut bei Kindern und Jugendlichen, Analyse von Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in benachteiligenden Räumen

Homann, Dennis, M.A., Sozialarbeiter, Gruppenleitung, ambulante Jugendhilfe, Arbeit mit Systemsprengern

Huster, Ernst-Ulrich, Prof. Dr., Politikwissenschaftler, Ev. Hochschule RWL in Bochum und Justus-Liebig-Universität Gießen, pensioniert, ehemals Rektor der EvH RWL in Bochum, derzeit Vorsitzender des Kuratoriums der Ev. Hochschule Darmstadt, Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Verteilungsfragen, Sozialethik, politisch-soziale Systeme in Deutschland, europäische Integrationspolitik

Janßen, Andrea, Prof. Dr. rer. pol., Soziologin, Professur Soziologie für die Soziale Arbeit, Hochschule Esslingen, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit und Ausgrenzung, Migration, Stadt- und Raumsoziologie

Jehles, Nora, M.A. Sozialwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TH Köln, Arbeitsschwerpunkte: Kinderarmut und soziale Ungleichheit im Kindesalter, Kindertageseinrichtungen, (Kommunale) Sozialplanung und Berichterstattung, vergleichende Stadt- und Regionalforschung

Kaps, Petra, Politikwissenschaftlerin, geschäftsführende Partnerin des ZEP – Zentrum für Evaluation und Politikberatung, Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung, Verwaltungs- und Steuerungsforschung

Klassen, Michael, Prof. Dr., Diplom-Sozialarbeiter, Master of Social Work (USA), Professor für Theorien und Geschichte Sozialer Arbeit an Hochschule RheinMain in Wiesbaden, Arbeitsschwerpunkte: Systemtheorien, Care und Case Management, Capabilities, Migration, internationale Soziale Arbeit

Kleibl, Tanja, Prof. Dr., Professorin für Social Work, Migration and Diversity an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt (FHWS) und Research Associate an der University of Johannesburg, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Entwicklung und Soziale Arbeit im Globalen Süden, Diskurse und Konzepte von Entwicklung, Migration und Mobilität, Zivilgesellschaft, Governance aus postkolonialen Perspektiven

Kohlrausch, Bettina, Prof. Dr., Soziologin, wissenschaftliche Direktorin des Sozial- und Wirtschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitsschwerpunkte: (Berufs-)bildungsforschung, soziale Ungleichheit, soziale Lagen und demokratiefeindliche Einstellungen

Kumitz, Daniel, Dipl.-Soz., Soziologe, Chief Social Policy and Research, UNICEF Sambia, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Sicherung, methodologischer Nationalismus, Entwicklungstheorie

Leisering, Lutz, Prof. Dr., Soziologe, Professor (i.R.) für Sozialpolitik an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und am dortigen Institut für Weltgesellschaft, Diplom-Mathematiker und Diplom-Soziologie, Promotion an der London School of Economics, Arbeiten zu europäischer und globaler Sozialpolitik, besonders zu Alterssicherung und Sozialhilfe, und zur Theorie der Sozialpolitik, Vorstandsmitglied von HelpAge Deutschland

Leitner, Sigrid, Prof. Dr., Politikwissenschaftlerin, Professorin für Sozialpolitik an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Köln, Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Sozialpolitik als Geschlechterpolitik, Betreuungs- und Pflegepolitiken, Soziale Arbeit als politische Akteurin

Lenz, Gaby, Prof. Dr., Professorin für Soziale Arbeit an der FH Kiel, Leiterin des Masterstudiengangs „Forschung, Entwicklung, Management in Sozialer Arbeit, Rehabilitation/Gesundheit oder Kindheitspädagogik“, Arbeitsschwerpunkte: Professionalisierung Sozialer Arbeit, Jugendhilfe, Demenz, Robotik, Gender, Beratung, Qualitative Sozialforschung und Rekonstruktion subjektiver Sichtweisen

Lessenich, Stephan, Prof. Dr., Soziologe, Professor für Gesellschaftstheorie und Sozialforschung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt und Direktor des Instituts für Sozialforschung (IfS), Arbeitsschwerpunkte: Politische Soziologie sozialer Ungleichheit, Wohlfahrtsstaatsforschung, Kapitalismusanalyse, Soziologie des Alter(n)s

Leßmann, Ortrud, Dr. rer. pol., Volkswirtschaftslehre/Sozioökonomie, Koordinatorin des Forschungsverbunds „Standards Guter Arbeit“ an der Universität Hamburg und wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Institut Leistung Arbeit Gesundheit (ILAG), Arbeitsschwerpunkte: Capability- und Lebenslagenansatz, intergenerationelle Gerechtigkeit, nachhaltiger Konsum, Sozialinvestitionen sowie Arbeit und das Gute Leben

Lorenz, Stephan, apl. Prof. Dr., Soziologe, außerplanmäßiger Professor am Jenaer Institut für Soziologie, derzeit in Koordination und Forschung an der Katastrophenforschungsstelle der FU Berlin, Arbeitsschwerpunkte: Überfluss, Konsum und soziale Ausgrenzung, sozial-ökologische Transformation und nachhaltige Entwicklung, Gesellschaftstheorie, fallrekonstruktive Forschung, prozedurale und transdisziplinäre Methodologie

Lutz, Ronald, Dr. phil., Prof. em., Kulturanthropologe, Soziologe und Sozialpädagoge, bis 2019 Professor für „Besondere Lebenslagen“ an der Fachhochschule Erfurt, Fakultät Angewandte Sozialwissenschaften, aktuell Lehrbeauftragter der FH Erfurt und der FH Würzburg-Schweinfurt sowie Research Associate an der University of Johannesburg, Arbeitsschwerpunkte: Allgemeine Soziologie, Armut und Benachteiligung, Vergesellschaftungsformen, International vergleichende Sozialpolitikforschung, Postkoloniale Theorien und Sozialarbeit des Südens

Marquardsen, Kai, Prof. Dr. phil., Soziologe, Professor mit dem Lehrgebiet „Armut und soziale Ungleichheit im Kontext Sozialer Arbeit“ an der Fachhochschule Kiel, Arbeitsschwerpunkte: Armut und soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, aktivierende Sozialpolitik, Prekarität, soziale Teilhabe

May, Michael, Prof. Dr. phil. habil., Dipl. Päd., Professor für Theorie und Methoden Sozialer Arbeit unter besonderer Berücksichtigung der Gemeinwesenarbeit, Leitung und Sprecher des Hessischen Promotionszentrums Soziale Arbeit, Arbeitsschwerpunkte: Professionalität Sozialer Arbeit, Gemeinwesenarbeit, Subalternität, Intersektionalität

Meier, Lars, Prof. Dr., Soziologe und Geograph, Arbeitsschwerpunkte: Soziologie sozialer Ungleichheiten, Stadt- und Raumsoziologie, Qualitative Methoden

Pernegger, Maria, Mag.a, Studium der Wirtschaft und Pädagogik an der Johannes Kepler Universität Linz, Geschäftsführerin der Medienanalyse-Agentur MediaAffairs, Arbeitsschwer-

punkte: Studienleiterin, Projektentwicklerin und Autorin diverser Forschungsprojekte vor allem im medienpolitischen und gesellschaftspolitischen Kontext, Beratung von Privatwirtschaft und Organisationen basierend auf Erkenntnissen der inhaltsbasierten, qualitativen Medienmarktanalyse mit Fokus auf Stimmungs-, Themen- und Trendentwicklung im öffentlichen Meinungsbildungsprozess

Pioch, Roswitha, Prof. Dr. rer. pol., Professorin für Politikwissenschaft am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der FH Kiel, Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Migrationspolitik, soziale Ungleichheit, Gerechtigkeitsforschung, Wohlfahrtsstaatstheorie, Gesellschaftstheorie

Polat, Ayça, Prof. Dr., Erziehungs- und Sozialwissenschaftlerin, Professorin an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Hochschule Osnabrück, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft, Rassismuskritik und Diversity Studies

Schenk, Martin, Mag., Studium der Psychologie an der Universität Wien, stellvertretender Direktor der Diakonie Österreich und Mitbegründer der Armutskonferenz, Lehrbeauftragter Fachhochschule Campus Wien, Arbeitsschwerpunkte Gesundheit, Kinder/Jugendhilfe und Bildung

Scherschel, Karin, Prof. Dr., Soziologin, Lehrstuhl Flucht und Migrationsforschung, Leiterin Zentrum Flucht und Migration an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Arbeitsschwerpunkte: Asyl, Migration, Flucht, Erwerbsarbeit, Prekarisierung, citizenship, Rassismus, soziale Ungleichheit

Schiek, Daniela, PD Dr., Soziologin, Mitarbeiterin der Universität Hamburg, Arbeitsschwerpunkte: Lebenslauf- und Arbeits(losigkeit)soziologie, Methoden der qualitativen Sozialforschung

Schütte, Johannes, Prof. Dr., Sozialarbeiter und Sozialwissenschaftler, Professor für Sozial- und Bildungspolitik und Direktor des Instituts für Sozialpolitik und Sozialmanagement, Arbeitsschwerpunkte: Armut- und Reichtumsforschung, kommunale Präventionsketten, soziale Ungleichheit im Bildungs- und Gesundheitsbereich, Wirkung sozialer Dienste

Sowa, Frank, Prof. Dr., Soziologe, Professor für Soziologie in der Sozialen Arbeit, TH Nürnberg Georg Simon Ohm, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Probleme und soziale Ungleichheit, insbesondere Wohnungslosigkeit

Tittor, Anne, Dr., Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der BMBF-Nachwuchsgruppe Bioökonomie und soziale Ungleichheiten am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Arbeitsschwerpunkte: Globalisierung/Transnationalismus, Entwicklungstheorie, sozial-ökologische Konflikte, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik in Lateinamerika

Tsirikiotis, Athanasios, M.A., Sozialarbeiter/Sozialpädagoge in der Stuttgarter Wohnungslosenhilfe und Doktorand an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Arbeitsschwerpunkte: Rekonstruktive Sozialforschung, Bildung und Soziale Arbeit in der Wohnungslosenhilfe, psychoanalytisch informierte Perspektiven auf Soziale Arbeit, Digitalisierung der Hochschulbildung

Ullrich, Carsten G., Prof. Dr., Soziologe, Professur für Methoden der qualitativen Sozialforschung, Universität Duisburg-Essen, Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Armut, Arbeitslosigkeit, Methoden der qualitativen Sozialforschung, insb. Interviewmethoden

Vestena, Carolina A., Dr., Politikwissenschaftlerin und Juristin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen und Lehrkraft

für besondere Aufgaben, Universität Kassel, Arbeitsschwerpunkte: Brasilianische Sozialpolitik, Menschenrechte und kollektive Rechtsmobilisierung

Vietze, Florian, Dr. phil., Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie, Philipps-Universität Marburg, Arbeitsschwerpunkte: Ungleichheits- und Gerechtigkeitsforschung, Mediensoziologie, Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtspopulismus

Weißmann, Marliese, Dr., Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin der Forschungsperspektive „Arbeit – Organisation – Subjekt“ am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität, Arbeitsschwerpunkte: Arbeit und Subjekt, soziale Ungleichheit, Digitalisierung, qualitative Methoden empirischer Sozialforschung

Wittig-Koppe, Holger, M.A., Soziologe, Politologe und Kunsthistoriker, letzte berufliche Position: Referent im Paritätischen Schleswig-Holstein, Landesweites Kompetenzzentrum Engagement, Arbeitsschwerpunkte: Bürgerschaftliches Engagement, Organisationsberatung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Sozialstaat, Inklusion

Zölch, Janina, Dr., Erziehungswissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Universität Hamburg, Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Adoleszenz, Migration, Familienforschung, qualitative Methoden

Stichwortverzeichnis

- Absolute Armut 37, 60, 71, 79, 84, 87, 465, 492, 493, 549
- Abstiegsängste 114, 126, 198, 425, 426, 430, 434–437, 439
- Agenda-Setting 331, 345, 350
- Aktivierung 93–96, 98–101, 110, 234, 245, 252, 287, 367–369, 383, 384, 386–388, 391, 407, 516, 525, 533, 537, 572
- Altersarmut 19, 34, 59, 71, 193, 309–315, 317, 320–324, 331, 340, 377, 403, 599
- Alterssicherung 309, 310, 315, 317, 318, 449, 600
- Ansätze der Armutsforschung 29, 43, 59
- Arbeitsmarktpolitik 93, 94, 96, 113, 234, 240, 241, 248, 252, 362, 378, 383, 533, 535, 568, 608
- Armut als soziales Problem 15, 17, 117, 331, 332, 359, 360
- Armutsbilder 20, 29, 31, 105, 110, 333, 359, 361–363, 368, 369, 391
- Armutsideutungen 331–335, 341, 342, 345, 351, 360–363, 368, 369, 592
- Armutsmessung 59, 60, 62, 64, 133–135
- Armutspolitik 20, 22, 23, 35, 93, 359, 360, 362–369, 371–380, 386, 387, 473, 482, 483, 500
- Armutssensibilisierung 219, 222, 223
- Bedürfnisse 14, 17, 82, 88, 89, 97, 111, 117–130, 135, 150, 247, 265, 345, 373, 407, 421, 444, 494, 515, 536, 538, 608
- Befähigung 23, 114, 225, 482, 521–523, 526–528
- Bekämpfung von Armut 371–373, 375, 378, 380, 459, 464–466, 468, 469, 491, 494, 495, 498, 499, 502, 521–526, 528–531, 563, 591, 592, 595, 597
- Bewältigung von Armut 15, 16, 23, 59, 70, 147, 150, 245, 345, 378, 533
- Biopsychosoziales Modell 117
- Capability-Ansatz 34, 59, 133–139
- Conditional Cash Transfers 22, 491, 493, 497, 501
- Demokratie 23, 94, 219, 345, 384, 425–427, 431, 435, 436, 439, 462, 477, 509, 521, 526, 527, 531, 564, 588, 595
- Deutungskämpfe 105, 391
- Deutungsmuster von Armut 361, 362, 368, 369
- Differenzordnungen 189
- Diskriminierung 49, 81, 99, 111–114, 126, 169–171, 177, 189, 194–196, 198, 222, 226, 282, 361–363, 408, 525, 569
- Doing poverty 189, 191
- Dynamik von Armut 148, 149, 236, 238, 383, 386, 387, 390
- Eigensinn 23, 112, 245, 250, 251, 533–537, 540–542, 545, 546, 588
- Entwicklungstheorie 22, 459, 460, 466, 468, 469
- Erwerbsarbeit 231, 233–236, 239–241, 245–249, 251–253, 383, 385, 533, 536
- Europäische Armutsprogramme 29
- Externalisierungsgesellschaft 505
- Familie 163, 167–172
- Flexible Hilfen 19, 269, 274–276
- Flüchtlingspolitik 295
- Food-Banks 413
- Framing 331
- Freiwilligenengagement 413, 577
- Gemeinschaft 17, 24, 33, 61, 93, 98, 124, 127, 135, 140, 144, 167, 266, 285, 297, 301, 324, 445, 541, 567, 571, 577, 579–589, 592
- Gemeinwesenökonomie 79, 88
- Generationen 163–166, 168–171, 195, 238, 263, 278, 318, 340, 354, 452
- Gerechtigkeit 443, 446, 453, 563, 566, 567, 569, 591–597, 601–603
- Geschichte der Armut 29, 359
- Geschichte der Sozialen Arbeit 43

- Geschlecht 22, 32, 49, 66, 69, 86, 107, 137, 190–193, 208, 313, 317, 318, 320, 355, 359, 389, 427, 429, 435, 438, 465, 491, 494, 496, 499, 501, 583
- Globale Ungleichheit 22, 29, 459, 470, 486, 491, 505, 507–513, 515–517
- Globaler Süden 19, 22, 23, 85, 198, 403, 459, 461, 465, 466, 469, 470, 473–482, 484, 486, 505–509, 511–516
- Globalisierung 22, 338, 426, 505, 507–509, 513, 514, 516, 577
- Habitualisierung 105
- Hilfenetzwerke 549
- Homogenität und Differenz 443
- Imperiale Lebensweise 505, 508, 509, 513–517
- Individualisierung 93, 241, 341, 374, 375, 386, 397, 482, 483, 568, 577, 578, 581
- Institutionalisierung von Solidarität 443
- Integration 295–297, 299, 301–303, 305
- Internationale Organisationen 459, 465, 473, 474, 476, 477, 480, 482, 483, 485, 486, 527
- Intersektionalität 189, 469, 505
- Kinder- und Jugendarmut 219, 257, 259, 269, 277, 278, 345, 407, 549
- Kindertageseinrichtungen 203, 378, 550, 551, 557, 559
- Klassentheorie 31, 79, 83
- Kommodifizierung 383, 385
- Lebenslage 231, 235, 238, 239, 241, 295, 296, 298, 300, 306, 309, 310, 314, 315, 320, 322, 324, 325
- Lebenslagenansatz 18, 59, 63, 64, 133, 135–137, 257, 258, 260, 269, 295, 298, 300, 324, 371, 376, 380, 550
- Lebenslaufforschung 309, 315
- Lokale Bildungslandschaften 18, 219, 223, 224, 226, 379
- Materielle Deprivation 59, 63–67, 70, 182, 338, 426, 428, 564
- Medien 20, 110, 111, 248, 331, 334, 335, 338, 339, 341, 342, 345–348, 350–354, 422, 530
- Meritokratie 383, 385
- Migrationsstatus 189, 203, 400
- Mikrokredite 38, 459, 466–468
- Moralisierung 105, 108, 110, 355, 397, 404, 407–409
- Multiple Krise 491
- Neoliberalismus 107, 464, 465, 469, 577, 581, 585, 591
- Normalisierung 21, 82, 113, 245–252, 397, 401, 403–405, 407–409, 421
- Normalitätsmaßstäbe 147, 153, 156–158
- Obdachlosigkeit 19, 71, 80, 183, 281, 282, 289, 291, 305, 306, 316, 318, 570
- Ortseffekte 177
- Pädagogisierung von Armut 110, 281
- Peers 207, 257, 260, 265
- Präventionsketten 34, 223, 224, 266, 278, 379, 549
- Praxis Sozialer Arbeit 43, 49, 52–54, 405
- Prekarität 15, 143, 195, 231, 232, 235–239, 241, 248, 251, 258, 259, 401, 416, 534, 535
- Rechtspopulismus 21, 340, 425, 428, 439
- Schule 219–228, 257, 261–263, 265, 266
- Segregation 18, 32, 34, 170–172, 177, 181, 203–209, 211, 214–216, 337, 376, 398, 513, 526, 538, 551, 570
- Sekundärdatenanalyse 203
- Selbstbestimmung 23, 45, 67, 88, 101, 356, 372, 415, 521, 527, 531
- Selbstorganisation 23, 88, 110, 521, 522, 526, 527, 529–531, 587
- Singularisierung 577–579
- Solidarität 21, 24, 94, 111, 372, 380, 443–446, 448–453, 516, 539, 545, 571, 577–584, 586, 588, 589, 591–595, 601–603
- Solidarverbände, zivilgesellschaftliche 443, 450, 451

- Sozialberichterstattung 29, 34, 36, 61, 62, 64, 65, 68–70, 260, 314
- Soziale Arbeit als Profession 43
- Soziale Ausgrenzung 29, 30, 33, 35, 36, 147, 177
- Soziale Herkunft 128, 163, 224, 257, 262, 266, 271, 551, 567
- Soziale Kontrolle 93, 99, 100
- Soziale Mobilität 67, 149, 163, 391, 392, 430
- Soziale Netzwerke 17, 149–151, 163, 166, 167, 169–171, 183–185, 192, 238, 250, 251, 260, 378, 533, 534, 537, 539, 542, 544, 545
- Soziale Rechte 16, 21, 22, 31, 93, 98, 100, 138, 143, 259, 288, 295, 383, 388, 389, 391, 413, 415, 423, 451, 486, 487, 500, 501, 530, 531
- Soziale Sicherung 413, 415–417, 422, 423, 459, 466, 467
- Soziale Spaltung 15, 22, 340, 384, 389, 392, 425, 436, 451, 482, 483, 501
- Soziale Verwundbarkeit 18, 231, 232, 397, 400
- Sozialer Raum 109, 166, 177, 180, 427
- Sozialhilfe 14, 32, 33, 52, 70, 96, 99, 100, 313, 339, 367, 371, 373, 407, 420, 467, 473, 474, 476, 479, 481, 483, 485, 552
- Sozialpolitik 414, 552, 562, 563, 566, 567, 569, 571, 573, 574, 591, 597, 600, 603
- kommunale 309, 549
 - liberal-restriktive 413
- Sozialstruktur 83, 105, 169, 192, 241, 260, 389, 401, 404, 406, 493
- Statusinkonsistenzen 231, 239, 240
- Stigmatisierung 70, 71, 82, 106, 110–114, 169, 172, 177, 180, 181, 184, 185, 195, 223, 226, 245, 359, 388, 495, 501, 551, 558
- Subjektive Wahrnehmung von Armut 147, 148
- Symbolische Ausgrenzung 189, 197, 198
- Systemsprenger 18, 269, 272, 273, 275
- Teilhabe 133, 134, 138–144, 309, 314, 322, 323, 371, 373, 374, 380, 521, 523, 524
- Überflussgesellschaft 44, 413–415
- UN-Behindertenrechtskonvention 133, 139, 350
- Versäulung von Hilfen 549
- Verteilungspolitik 371, 373, 591
- Wohlfahrtsproduktion 133, 134, 137, 138
- Wohnungslosenhilfe 35, 81, 177, 281–283, 286–289, 291, 399
- Wohnungslosigkeit 19, 281–284, 286–291, 348, 363, 570, 571
- Wohnungsnot 281, 287–289, 335
- Working Poor 14, 59, 68, 69, 85, 86, 231, 233, 447
- Zwei-Klassen-Sozialarbeit 397